

***Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2006***

***Gemeinsame Vertretung von Muslimen in Bremen***

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat unter Drucksache 16/804 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

1. Welche Bedeutung hat für den Senat das bisherige Fehlen von einheitlichen verbindlichen und demokratisch legitimierten Ansprechpartnern für den offiziellen Dialog mit den Muslimen im Lande Bremen?

Nach Auffassung des Senats hat der Staat keinen Einfluss darauf zu nehmen, wie Kirchen und andere Religionsgemeinschaften strukturell aufgebaut sein müssen, bzw. wie diese ihre religiösen Vertretungsämter einsetzen. Die Unterschiedlichkeit der verschiedenen monotheistischen Religionen spiegelt sich auch in ihrem Verständnis von dem religiösen Vertretungsamt der Gläubigen.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass es für den offiziellen Dialog mit den Muslimen im Lande Bremen Ansprechpartner gibt, z. B. den Arbeitskreis Bremer Muslime, der alle wichtigen Moscheen Bremens vertritt.

2. Wie bewertet der Senat das in den letzten Jahren etablierte „Schura-Modell“, einen Rat der islamischen Gemeinschaften (z. B. der Länder Hamburg und Niedersachsen), das eine verbindliche Zusammenarbeit aller im Bundesland ansässigen islamischer Vereinigungen durch legitimierte Vertreter ermöglicht?

Siehe Antwort zu Frage 1.

3. Welche Möglichkeiten der Begleitung sieht der Senat auch in Bremen, um die islamischen Gemeinschaften darin zu unterstützen, einen Rat der islamischen Verbände (Schura) zu gründen?

Siehe Antwort zu Frage 1.

4. Welche weiteren Schritte sind nach Meinung des Senats nötig, um eine auch offiziell verbindliche Kommunikation und Kooperation zu erreichen, und gleichzeitig legitimierte und transparentere Strukturen für die politische Zusammenarbeit zu gewährleisten?

Siehe Antwort zu Frage 1.